

Gemeinde



Gemarkung Nordheim

**BEBAUUNGSPLAN UND
ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN
"Zimmerer Höhe -1. Änderung"
Änderung des Textteils bezüglich Hinweistafeln
08125074_0860_90_RE**

im vereinfachten Verfahren nach §13 BauGB

Entwurf gefertigt:

Bietigheim-Bissingen, den 13.12.2021/d/eka/kah



Rauschmaier Ingenieure GmbH
Beratende Ingenieure für Bau- und
Vermessungswesen, Stadtplanung
Sucystraße 9
74321 Bietigheim-Bissingen

Verfahrensvermerke und Begründung ergänzt: Rauschmaier Ingenieure GmbH
Bietigheim-Bissingen, den 25.03.2022/d/eka

Anlagen:

- Anlage 1 Textteiländerungen,
- Anlage 2 Begründung
- Anlage 2.1 Abwägung



RECHTSGRUNDLAGEN

1. das **Baugesetzbuch** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch das Baulandmobilisierungsgesetz vom 14.06.2021 (BGBl. I. S. 1802)
2. die **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch das Baulandmobilisierungsgesetz vom 14.06.2021 (BGBl. I. S. 1802)
3. die **Planzeichenverordnung** 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I. S.58), zuletzt geändert durch das Baulandmobilisierungsgesetz vom 14.06.2021 (BGBl. I. S. 1802)
4. die **Landesbauordnung** für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 05.03.2010 (GBl. 2010 Nr. 7 S. 358), berichtigt am 25.05.2010 (GBl. 2010 S.357, 358, ber. S. 416), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2019 mit Wirkung vom 01.08.2019 (GBl. S. 313).

ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN

Die rechtsverbindlichen zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes "Zimmerer Höhe" rechtsverbindlich seit dem 27.05.1999, bleiben unverändert und gelten fort.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Die rechtsverbindlichen textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes "Zimmerer Höhe" rechtsverbindlich seit dem 27.05.1999, gelten fort. Sie werden wie folgt ergänzt (Ergänzungen in [blau](#)):

in 1.1.1 FLÄCHE FÜR DEN GEMEINBEDARF

Zulässig sind Gebäude, Anlagen und Einrichtungen, die der Feuerwehr und dem Gemeindebauhof dienen, [außerdem Hinweis- und Informationstafeln sowie -banner der Gemeinde.](#)

in 1.4 ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN

Gemäß § 23 Abs.5 BauNVO sind bauliche Anlagen die dem Lärmschutz für die angrenzende Wohnbebauung dienen [und Hinweis- und Informationstafeln sowie -banner der Gemeinde](#), auch außerhalb der Baugrenzen zulässig.

in 2.2 ANFORDERUNGEN AN WERBEANLAGEN

Werbeanlagen dürfen nur errichtet werden für die Nutzung und an der Stelle der Nutzung, für die sie werben. Werbeanlagen an den Außenwänden bis zur obersten Außenwandbegrenzung sind allgemein zulässig. Werbeanlagen auf den Dächern und auf den obersten Außenwandgesimsen sind nicht zulässig. Freistehende Werbeanlagen sind zulässig bis zu einer Gesamthöhe von 5,0 m. Auf Flächen mit Pflanzgeboten sind Werbeanlagen unzulässig. Werbeanlagen, die von der freien Landschaft aus einsehbar sind, sind unzulässig. [Hinweis- und Informationstafeln sowie -banner der Gemeinde sind keine Werbeanlagen im Sinne dieser Ziffer.](#)

Es gilt folgender zusätzlicher Hinweis:

Beleuchtung und Naturschutz

Zum Schutz der Insektenfauna durch künstliche Beleuchtung wird auf die Regelungen des § 21 NatSchG verwiesen. Die darin enthaltenen Vorgaben sind, soweit einschlägig, zu berücksichtigen. Eine bei Bedarf notwendige Beleuchtung muss dabei den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen und insektenfreundlich gestaltet sein. Informationen für nachhaltige Beleuchtungskonzepte zum Schutz von Menschen, aber auch zum Schutz von z. B. Insekten und nachtaktiven Tieren geben Ihnen folgende Internet-Links: <https://www.sternenpark-schwaebische-alb.de/richtigumruesten.html>, <https://www.biosphaerenreservat-rhoen.de/natur/sternenpark-rhoen/umweltvertraegliche-beleuchtung/>.

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss nach § 2 Abs.1 und § 13 BauGB durch Gemeinderat am 17.12.2021
2. Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses und der Entwurfsauslegung gemäß § 13 und § 3 Abs.2 BauGB im Mitteilungsblatt Nr. 51/52 am 23.12.2021
3. Öffentliche Auslegung des Entwurfes mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 10.01.2022 bis 11.02.2022
Information der Behörden gemäß § 4 Abs.2 BauGB durch E-Mail vom 12.01.2022
Frist zur Stellungnahme bis 14.02.2022
4. Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB durch Gemeinderat am 25.03.2022

Ausgefertigt:

Die textlichen Aussagen dieser Original-Bebauungsplanänderung stimmen mit dem Willen des Gemeinderates, wie er im Beschluss vom 25.03.2022 zum Ausdruck kommt, überein.

Nordheim, den 28.03.2022



~~Stv. Der~~ Bürgermeister



5. Ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 10 Abs. 3 BauGB im Mitteilungsblatt Nr. 13 am **31.03.2022**
6. In Kraft getreten am **31.03.2022**

Zur Beurkundung:

Nordheim, den **01.04.2022**



Der Bürgermeister



Begründung

Die Gemeinde möchte die Kommunikation mit den Bürgern verbessern und zu diesem Zweck andere Hinweistafeln an den Ortseingängen aufstellen. Diese sollen neben allgemeinen Hinweisen auch auf besondere Veranstaltungen oder Ereignisse hinweisen und nur zeitweise aufgestellt werden können. Ursprünglich waren dafür die Kreisinnenflächen vorgesehen, diese stehen jedoch aufgrund der Wünsche der Straßenbauverwaltung für diesen Zweck nicht mehr zur Verfügung und sind für detailliertere Informationen, die auch von Fußgängern gelesen werden könnten, ohnehin nicht geeignet. Außerdem sind dem Gemeinderat und der Verwaltung die Banner, Plakate usw. mit denen Vereine und Organisationen, aber auch private bzw. gewerbliche Nutzer entlang der am stärksten befahrenen örtlichen Straßen werben und informieren, ein Dorn im Auge. Sie beeinträchtigen in ihrer Zahl und Gestaltung das Ortsbild und hinterlassen bei den Durchfahrenden einen unorganisierten und unordentlichen Eindruck der Gemeinde. Wiederholt wurde bereits der Wunsch formuliert, diesen Wildwuchs einzudämmen und in geordnete Bahnen zu lenken. Da an den anderen Ortseingängen keine Bebauungspläne den unmittelbaren Straßenraum betreffen, mussten nur am Kreisverkehr in Nordheim Richtung Nordhausen die Bestimmungen angepasst werden.

Die geplanten Änderungen sind insgesamt geringfügig und betreffen die Grundzüge der Planung in keinsten Weise. Belange der Umwelt sind ebenfalls nicht betroffen, es liegen daher auch keine Anzeichen dafür vor, dass eine Umweltprüfung erforderlich wäre oder dass Natura 2000 Gebiete beeinträchtigt sein könnten. Auch Auswirkungen auf den Immissionsschutz sind nicht gegeben. Es konnte daher das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB gewählt werden. Um unnötigen Verwaltungsaufwand zu sparen, wurde auf das frühzeitige Verfahren verzichtet und gleich die Offenlage durchgeführt.

Der Geltungsbereich ergibt sich aus dem nachfolgenden Kartenausschnitt:



Es ist folgende Änderung geplant:



Auf der Grünfläche vor dem Feuerwehrgebäude und damit gut auch für Fußgänger von und zur Bushaltestelle zu erreichen, ist eine etwa zwei Meter hohe und ein Meter breite Stele in Form eines N geplant, das mehrere Infotafeln für örtliche Ereignisse und Vereine enthalten soll.

Stele und Banner werden in erster Linie von der Gemeinde selbst und von den Nordheimer Vereinen und Organisationen genutzt, welche damit auf ihre Veranstaltung hinweisen. Die Nutzung für gewerbliche Zwecke ist nicht gestattet. Parteien bzw. politisch engagierte Vereine dürfen die Tafeln auch nicht für politische Aussagen oder Werbemaßnahmen für die eigene Partei bzw. Verein nutzen.

Schutzgebiete des Naturschutzes sind nicht betroffen (Auszug aus dem Kartendienst der LUBW vom 24.11.2021). Die als Biotop kartierten straßenbegleitenden Gehölze sind außerhalb der geplanten Standorte der Hinweistafeln.



Andere Belange (Hochwasserschutz, Starkregengefahren, Lärmschutz) sind aufgrund der gleich gebliebenen Grundausweisung der Flächen und der Höhenlage nicht betroffen.

Belange des Artenschutzes sind aufgrund der isolierten Lage an den Verkehrsflächen und weil keine Gehölze gerodet werden müssen, nicht betroffen.

Änderungen an den Erschließungsanlagen oder zusätzliche Erschließungskosten sind nicht erforderlich.

Bodenordnende Maßnahmen sind ebenfalls keine erforderlich.

Zur Kampfmittelfreiheit wurden weder bei der Gemeinde noch bei früher beteiligten Büros Unterlagen gefunden. Da auf den Flächen in den letzten Jahrzehnten umfangreiche Bautätigkeiten statt fanden, wurde eine Untersuchung im Rahmen der Bebauungsplanänderung als nicht erforderlich eingestuft.

ABWÄGUNG EINGEGANGENER STELLUNGNAHMEN

I. Im Rahmen der Planoffenlage gingen von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen ein

II. Beteiligung der Behörden

1. Keine Stellungnahme gaben ab:

- Bauernverband Heilbronn-Ludwigsburg e.V.
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Regionalbereich Süd
- Eisenbahn-Bundesamt Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart
- Heilbronner - Hohenloher - Haller Nahverkehr
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- Landesnaturschutzverband BW Arbeitskreis Heilbronn
- Stadt Lauffen am Neckar
- Stadt Leingarten
- Verband Region Stuttgart
- Industrie- und Handelskammer Heilbronn-Franken

2. Keine Anregungen hatten:

Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Neckar, Schreiben vom 14.01.2022,

Az. : 3515SB3-213.2-303-: Belange nicht berührt

Deutsche Bahn AG, E-Mail vom 13.01.2022: Belange nicht berührt, keine weitere Beteiligung am Verfahren

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Schreiben vom 12.01.2022: Belange nicht berührt, vorbehaltlich eine gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen keine Einwände

Handwerkskammer Heilbronn-Franken, Schreiben vom 19.01.2022: Keine Bedenken

Regionalverband Heilbronn-Franken Schreiben vom 25.01.2022, Az.: 7-2-3-2: Nicht regionalbedeutsam, keine Bedenken, nochmalige Beteiligung nicht erforderlich, nach Rechtsverbindlichkeit Mitteilung und digitale Planfassung gewünscht

Regierungspräsidium Freiburg, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Schreiben vom 24.01.2022: Geowissenschaftliche Belange nicht betroffen

Stadt Heilbronn, Schreiben vom 21.01.2022, Az.: 63.3/JQ-61.74-9309/2022: Belange nicht berührt, weitere Beteiligung nicht erforderlich

Stadt Schwaigern, Schreiben vom 12.01.2022: Keine Anregungen, Hinweise oder Bedenken, weitere Beteiligung nicht erforderlich

Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Heilbronn, Email vom 24.01.2022: Landeseigene Grundstücke, sowie Interessen und Planungen nicht betroffen

Polizeipräsidium Heilbronn, Email vom 27.01.2022: Keine Einwände

Stadt Brackenheim Schreiben vom 31.01.2022, Az.: 621.44/Hel/: Keine Bedenken, Belange nicht berührt

Abtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH Schreiben vom 11.02.2022 A2-PL1/B_4349/JB_Sp: Von Planung nicht betroffen, keine Anmerkung zu den Verfahren

3. Beteiligung von Leitungsträger unter anderem durch Abfragen über Leitungsauskunft im Internet:

PLEdoc GmbH, Abfrage über BIL-Leitungsauskunft am 10.01.2022, Antwort am 10.01.2022: Nicht betroffen

Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Abfrage über BIL-Leitungsauskunft am 10.01.2022, Antwort am 10.01.2022: Nicht betroffen

Terranets bw GmbH (Netze SÜD), Abfrage über BIL-Leitungsauskunft am 10.01.2022, Antwort am 10.01.2022: Nicht betroffen

Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung, Abfrage über BIL-Leitungsauskunft am 10.01.2022, Antwort am 11.01.2022: Nicht betroffen

Amprion, Abfrage über BIL-Leitungsauskunft am 10.01.2022: Nicht betroffen, auf Negativliste

Ferngas Netzgesellschaft, Abfrage über BIL-Leitungsauskunft am 10.01.2022: Nicht betroffen, auf Negativliste

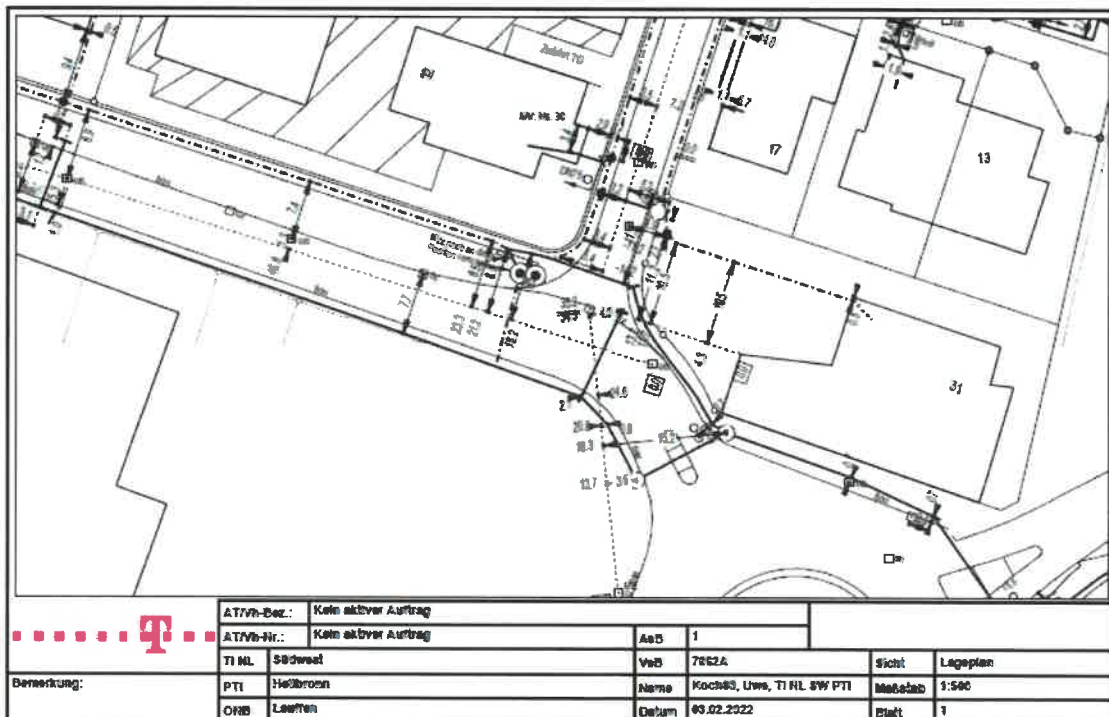
Zweckverband Landeswasserversorgung, Abfrage über BIL-Leitungsauskunft am 10.01.2022: Nicht betroffen, auf Negativliste

TransnetBW GmbH, Abfrage über BIL-Leitungsauskunft am 10.01.2022, Antwort am 20.01.2022: Nicht betroffen

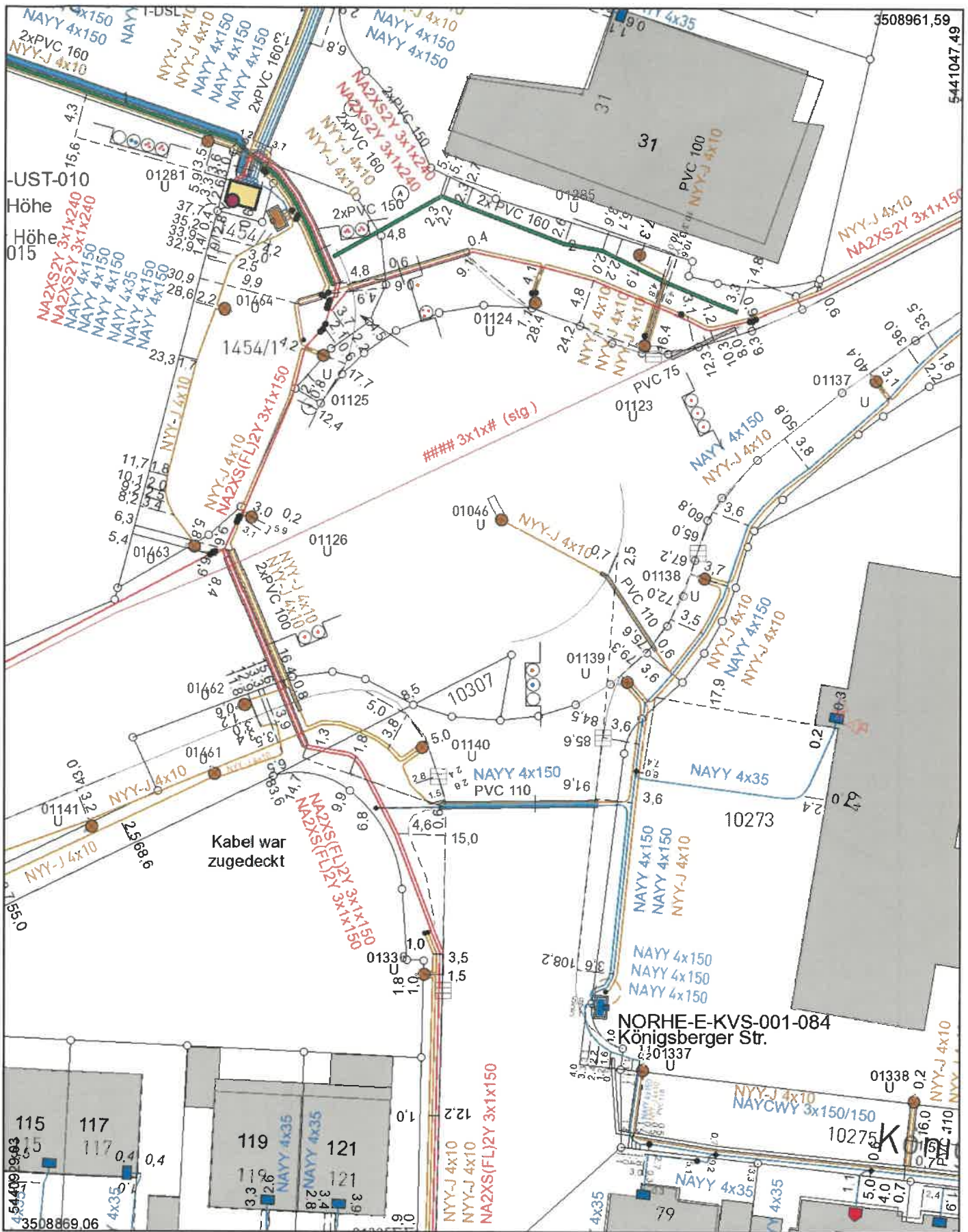
Syna, Abfrage über Planauskunft am 11.01.2022, Auskunft Gas, Strom, Wärme: In dem ausgewählten Bereich keine Netzdaten ermittelt


Unitymedia BW GmbH / Vodafone GmbH: Onlineabfrage Planauskunft am 17.01.2022: Sie befinden sich außerhalb des Vodafone GmbH Versorgungsgebiet. Es liegen keine Trasseninformationen vor. Auf Beteiligung per Email vom 12.01.2022 ging keine Stellungnahme ein.

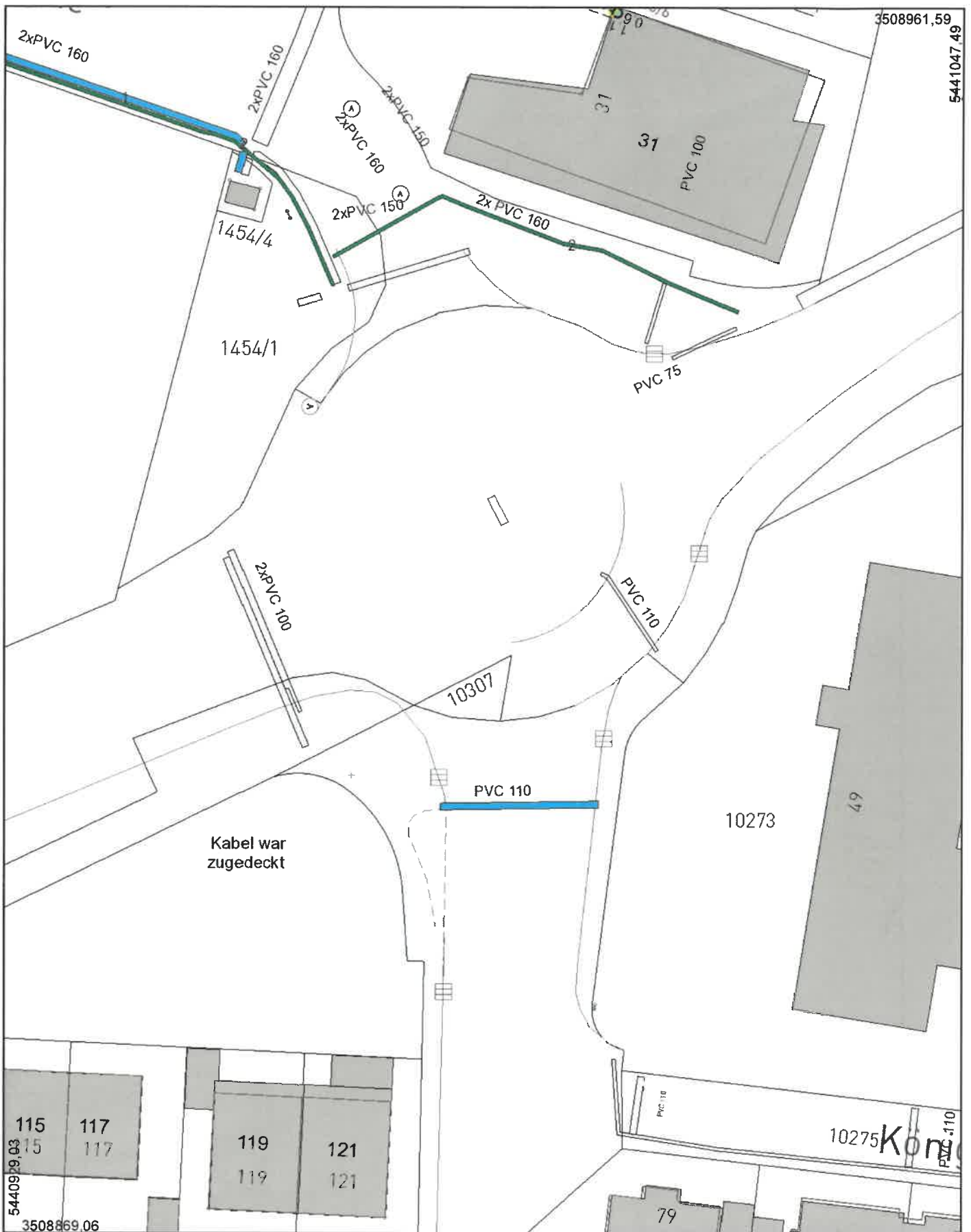
Deutsche Telekom Technik GmbH E-Mail vom 03.02.2022: In dem Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom (siehe Anlage). Die Errichtung neuer Telekommunikationslinien durch Telekom ist zurzeit nicht geplant. Bei Kreuzungen und Näherungen mit unseren bestehenden TK-Linien sollte ein über das notwendige Sicherheitsmaß hinausgehender Abstand eingehalten werden, damit einerseits eine eventuelle Gefährdung unserer TK-Linien vermieden wird und andererseits eine ggf. erforderliche Erweiterung zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom, informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.




Netze BW GmbH, Abfrage über Leitungsauskunft der Netze BW am 11.01.2022: Strom und Telekommunikation vorhanden



<p>Netzauskunft: Bestand Strom Vorgangsnr: 20220111_0306_V01 Gebiet: Mitte</p>	<p>Gemeinde: Nordheim Gemarkung: Nordheim</p>	
<p>Unmittelbar vor Beginn der Bauarbeiten ist die Aktualität des vorliegenden Planausschnitts zu überprüfen. Das Abgreifen von Maßen aus dem Plan ist unzulässig. Die Sicherung von Leitungen bzw. eine evtl. Abschaltung ist rechtzeitig abzustimmen. Bitte wenden Sie sich dazu an unsere Servicenummer. Ausschachtungsarbeiten im näheren Bereich von Kabeln und Rohrleitungen sind 30 cm um die Leitung grundsätzlich von Hand auszuführen. Beachten Sie das Informationsblatt „Schutz von Kabel, Rohr- und elektrische Freileitungen“ sowie die gültigen Unfallverhütungsvorschriften. Für die schuldhafte Beschädigung haftet der Verursacher.</p>		
<p>Achtung Mittelspannungskabel! Beachten Sie die Information für Bauunternehmen</p>		
<p>Störungsrufnummer 0800 3629-477 Servicenummer siehe Anschreiben</p>	<p>Die Netzauskunft wurde automatisch aus dem geographischen Informationssystem der Netze BW GmbH generiert.</p>	<p>Datum: 11.01.2022</p>



Netzauskunft: Bestand FTTX Vorgangsnr: 20220111_0306_V01 Gebiet: Mitte	Gemeinde: Nordheim Gemarkung: Nordheim	
<p>Unmittelbar vor Beginn der Bauarbeiten ist die Aktualität des vorliegenden Planausschnitts zu überprüfen. Das Abgreifen von Maßen aus dem Plan ist unzulässig. Die Sicherung von Leitungen bzw. eine evtl. Abschaltung ist rechtzeitig abzustimmen. Bitte wenden Sie sich dazu an unsere Servicenummer. Ausschachtungsarbeiten im näheren Bereich von Kabeln und Rohrleitungen sind 30 cm um die Leitung grundsätzlich von Hand auszuführen. Beachten Sie das Informationsblatt „Schutz von Kabel, Rohr- und elektrische Freileitungen“ sowie die gültigen Unfallverhütungsvorschriften. Für die schuldhafte Beschädigung haftet der Verursacher.</p>		
Störungsrufnummer 0800 3629-477 Servicenummer siehe Anschreiben	Die Netzauskunft wurde automatisch aus dem geographischen Informationssystem der Netze BW GmbH generiert. Datum: 11.01.2022	

4. Eingegangene Stellungnahmen:

4.1 Regierungspräsidium Stuttgart

Keine Gesamtstellungnahme des Regierungspräsidiums, die Fachabteilungen nehmen bei Bedarf jeweils direkt Stellung.

Stellungnahme Raumordnung Email vom 11.02.2022: Aus raumordnerischer Sicht wird darauf hingewiesen, dass insbesondere § 1 Abs. 3 bis Abs. 5 sowie § 1a Abs. 2 BauGB zu beachten sind. Diesen Regelungen sind in der Begründung angemessen Rechnung zu tragen.

Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Fertigung der Planunterlagen in digitalisierter Form an das Postfach:

KoordinationBauleitplanung@rps.bwl.de zu senden. Die Stadtkreise und großen Kreisstädte werden gebeten, auch den Bekanntmachungsnachweis digital vorzulegen. Ansprechpartner in den weiteren Abteilungen des Regierungspräsidiums sind: **Abt. 3 Landwirtschaft** Frau Cornelia Kästle Tel.: 0711/904-13207 Cornelia.Kaestle@rps.bwl.de; **Abt. 4 Mobilität, Verkehr, Straßen** Herr Karsten Grothe Tel. 0711/904-14224 Referat_42_SG_4_Technische_Strassenverwaltung@rps.bwl.de; **Abt. 5 Umwelt** Frau Birgit Müller Tel.: 0711/904-15117 Birgit.Mueller@rps.bwl.de; **Abt. 8 Denkmalpflege** Herr Lucas Bilitsch Tel.: 0711/904-45170 Lucas.Bilitsch@rps.bwl.de

Abwägung: Kenntnisnahme

Stellungnahme Mobilität, Verkehr, Straßen Email vom 21.02.2022: Über die geplante Änderung wurde das Regierungspräsidium Stuttgart - Baureferat Heilbronn - bereits vorab unterrichtet. Der Standort für den geplanten Banner befindet sich straßenrechtlich außerhalb des Erschließungsbereichs im Verknüpfungsbereich der Ortsdurchfahrt von Nordheim. Nach dem Straßengesetz für Baden Württemberg (BW) sind hier in einem Abstand von 20 m, gemessen vom Fahrbahnrand der Landesstraße, keine Hochbauten zulässig. Gem. § 22 Abs. 5 StrG BW sind Werbeanlagen den Hochbauten gleichzusetzen. Beabsichtigt wird durch die Änderung des Bebauungsplanes, dass die Hinweis- und Informationstafel sowie Informationsbanner der Gemeinde nicht den Werbeanlagen gleichzusetzen sind. Aufgrund des starken Innerortscharakters kann aus unserer Sicht dem Vorhaben ausnahmsweise zugestimmt werden. Es bestehen keine weiteren Einwendungen. Unsere krankheitsbedingt verspätete Rückmeldung bitten wir zu entschuldigen.

Abwägung: Kenntnisnahme

4.2 Landratsamt Heilbronn vom 14.02.2022, 2022- 100003- BL:

4.2.1 Stellungnahme Natur- und Artenschutz: Die geplante Änderung umfasst die Aufstellung einer ca. 2 m hohen und ca. 1 m breiten Steele in Form eines N, welche mehrere Infotafeln für örtliche Ereignisse und Vereine enthalten soll. Die Änderung ist als geringfügig zu bewerten. Schutzgebiete oder nach §33 NatSchG/ §30 BNatSchG geschützte Biotop sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes keine Bedenken gegen das Vorhaben. Folgendes ist zu beachten: Der im Textteil der Änderung aufgeführte Hinweis zur Beleuchtung und Naturschutz ist entsprechend umzusetzen und einzuhalten. Grelle, glänzende oder stark reflektierende Materialien und Farben sind unzulässig.

Abwägung: Kenntnisnahme

4.2.2 Stellungnahme Straßen und Verkehr: Das Plangebiet befindet sich in Nordheim und grenzt direkt an die L 1106 an. Straßenbaurechtlich liegt das Vorhaben außerhalb der Ortsdurchfahrtsgrenze. Grundsätzlich sind Hinweisschilder und Informationstafeln außerhalb der Ortsdurchfahrtsgrenze nicht zulässig. Der Bereich um den geplanten Standort hat jedoch einen starken Innerortscharakter und es wird mit eher geringerer Geschwindigkeit gefahren. Aus verkehrsrechtlicher Sicht bestehen daher keine

Bedenken gegen die geplante Stele. Die Bestimmungen der RPS 2009 (Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme) sind jedoch zwingend zu beachten. Aufgrund der beiden Bushaltestellen queren hier sehr viele Fußgänger die Fahrbahn. Die Fußgängerüberquerung darf auf keinen Fall eingeschränkt werden.

Abwägung: Kenntnisnahme der Hinweise

Das Regierungspräsidium Stuttgart, als zuständiger Straßenbaulastträger der L 1106, ist ebenfalls zu beteiligen.

Abwägung: Das Regierungspräsidium wurde ebenfalls beteiligt (siehe Punkt 4.1)